

Maximilian Plich

ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUJAHRSANSPRACHE PAPST
LEOS XIV. AM 09.01.2026

Am 9. Januar 2026 hielt Papst Leo XIV. seine erste Neujahrsansprache an die beim Vatikan akkreditierten Botschafter:innen. Für mediales Aufsehen sorgte vor allem

„der Vorwurf der Einschränkung der Meinungs- und Gewissensfreiheit in Ländern des Westens, die sich offiziell zu den Spielregeln von Freiheit, Pluralismus und Demokratie bekennen“.¹

Der Papst sagte wörtlich:

„Es ist daher bedauerlich festzustellen, dass insbesondere im Westen der Raum für echte Meinungsfreiheit immer mehr eingeschränkt wird, während sich eine neue Sprache mit orwellischem [sic!] Beigeschmack entwickelt, die in ihrem Bestreben, immer inklusiver zu sein, darin mündet, diejenigen auszuschließen, die sich nicht den Ideologien anpassen, von denen sie be-seelt ist.“²

Dieses Zitat wurde auf verschiedene Weise gedeutet. Für viele wirkte es so, als greife der Papst hier rechte und konservative Rhetorik auf, die Antidiskriminierungs- und Gender-Diskurse delegitimiert und deren Kritiker:innen als die eigentlich Marginalisierten darstellt. Etwa kommt Ludwig Ring-Eifel im Bericht der KNA zu der inhaltlichen Einschätzung:

„Manches von dem, was der Papst da vortrug, klang im inhaltlichen Kern ähnlich wie die Kritik, die US-Vizepräsident JD

¹ Ludwig Ring-Eifel, Papst Leo XIV. beklagt beschränkte Meinungsfreiheit auch im Westen. „Schwäche des Multilateralismus“, in: *domradio.de*, 09.01.2026, <https://www.domradio.de/artikel/papst-leo-xiv-beklagt-beschaernte-meinungsfreiheit-auch-im-westen>, Zugriff am 20.01.2026.

² *Ansprache von Papst Leo XIV beim Neujahrsempfang für die Mitglieder des am Heiligen Stuhl akkreditierten diplomatischen Korps*, 09.01.2026, <https://www.vatican.va/content/leo-xiv/de/speeches/2026/january/documents/20260109-corpo-diplomatico.html>, Zugriff am: 20.01.2026.

Vance zuletzt – wenn auch in ganz anderem Tonfall – bei der Münchner Sicherheitskonferenz vorgetragen hatte.“³

Hingegen gibt der Münchner Kardinal Reinhard Marx, der sich ebenfalls „mit Vorsicht und Skepsis“⁴ zu diesem viel diskutierten Zitat des Papstes äußerte, auch eine wohlwollende, gegenteilige Lesart als Kritik am Trumpismus zu Bedenken. Jedoch hätte auch er „sich gewünscht, dass der Papst hier konkreter geworden wäre“.⁵ In der Berichterstattung der KNA wird Marx wie folgt wiedergegeben:

„Ich bin unschlüssig über dieses Zitat, weil ich nichts damit anfangen kann.“ Es könne auf US-Präsident Donald Trump gemünzt sein genau wie auf viele andere Situationen. Aus seiner Sicht, so Marx weiter, wäre es besser gewesen, der Papst hätte hier konkretere Beispiele genannt. Allgemein sei richtig, dass es nicht nur etwa in China Probleme mit der Meinungsfreiheit gebe, sondern auch in anderen Ländern: „Aber da muss man schon genauer hinschauen.“ Der Erzbischof von München und Freising weiter: „Ich hätte da knalliger gesprochen. Aber ich bin ja nicht Papst, Gott sei Dank.“⁶

Im Folgenden sollen für beide Lesarten dieses Zitats Gründe angeführt und weitere Auszüge aus der Neujahrsansprache des Papstes differenziert und kritisch untersucht werden. Dabei sollen neben den Aussagen zu Meinungsfreiheit und Sprachkritik insbesondere weitere zu den Themen Familie, politische Konflikte und Abtreibung in den Blick genommen werden. Diese sollen auf kalkulierte Ambivalenzen geprüft werden, wie sie sich bereits in der Gegenüberstellung der beiden Deutungen des eingangs angeführten Zitats zeigen.

³ Ebd.

⁴ tmg/KNA, „Ich hätte da knalliger gesprochen. Aber ich bin ja nicht Papst“. Kardinal Marx hat Fragen an Papst Leo XIV. zum Thema Meinungsfreiheit, in: *katholisch.de*, 12.01.2026, <https://katholisch.de/artikel/66756-kardinal-marx-hat-fragen-an-papst-leo-xiv-zum-thema-meinungsfreiheit>, Zugriff am 20.01.2026.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

Mit diplomatischer Zurückhaltung aufgrund des Zuhörerkreises aus Botschafter:innen verschiedener Staaten mit unterschiedlichen Interessen oder dem Bestreben, eine vermittelnde Position einzunehmen, sind diese nicht hinreichend erklärbar. Daher soll geprüft werden, inwieweit weitere Inkonsistenzen und Relativierungen letztlich die eigene Argumentation konterkarieren und Anschlussfähigkeiten an rechtspopulistische und autoritäre Sichtweisen ermöglichen. Aber auch alternative Lesarten, die diese Anschlussfähigkeiten teils verschleiern, sollen betrachtet werden.

Inklusivität und Meinungsfreiheit

Zunächst erinnert das Zitat Leos gegen Einschränkungen der Meinungsfreiheit, gegen eine Orwellsche Sprache mit dem Bestreben, immer inklusiver zu sein, und gegen den Ausschluss derer, die sich nicht bestimmten Ideologien anpassen, an rechte und konservative Delegitimierungen liberal-progressiver Diskurse.

Antidiskriminierungs- und Genderdiskurse beispielsweise verfolgen das Anliegen, Minderheiten und marginalisierten Gruppen mit sprachlicher Sensibilität zu begegnen, Diversität sichtbar zu machen und Diskriminierung abzubauen. Versteht man das Zitat im Sinne rechts-konservativer Polemik gegen diese Diskurse erscheint deren Kritik als Einschränkung des Rechts auf Meinungsfreiheit derjenigen, die sich gegen Gender- oder Antidiskriminierungsdiskurse wenden. Somit wird das Recht auf Meinungsfreiheit zu einem Recht auf Freiheit von Kritik und Widerspruch umgedeutet.

Auch der Vorwurf, dass diese Diskurse selbst zu Ausschlüssen der Kritiker:innen führen, sowie der suggerierte Zwangscharakter, wie er von Orwell für staatliche Sprachkontrolle und sanktionierende Maßnahmen beschrieben wird, entsprechen einer Umkehrung von Machtasymmetrien und Opferrollen. So erfolgt die Ablehnung meist aus einer gesellschaftlich dominanten Position heraus statt aus der Perspektive einer tatsächlich diskriminierten Minderheit.

Mit der sowohl im kirchlichen, als auch im rechten Spektrum verbreiteten Rede von „Ideologien“ werden diese Diskurse, die aus verschiedenen Ansätzen bestehen, die auch zueinander in Konkurrenz stehen und sich revidieren, entgegen ihrer internen Pluralität als einheitliche, geschlossene, irrationale, autoritäre und diskursunfähige Weltanschauungen dargestellt. Zudem werden damit Kräfte suggeriert, die über den Einfluss zu deren Durchsetzung verfügen.⁷

Darin lassen sich mehrere sprachliche Mittel erkennen, die Martin Reisigl bereits in seinem im Jahr 2002 erschienenen Katalog charakteristischer Prinzipien populistischer Rhetorik beschrieben hat. Dieser basiert auf der Analyse der Sprache österreichischer FPÖ-Politiker. Zu nennen ist das „Prinzip der Froschperspektivierung“.⁸ Nach diesem Prinzip wird die eigene Gruppe ‚da unten‘ als marginalisiert und dem eigennützigen Handeln einer ihr gegenüberstehenden Akteursgruppe ausgeliefert dargestellt, das der Allgemeinheit schade. Zur Legitimation der eigenen Polemik wird diese als mächtig und einflussreich gezeichnet. Dies bezieht sich häufig auch auf die

⁷ Sonja Strube, Rechtspopulistische Strömungen und ihr Anti-Genderismus, in: Margit Eckholt (Hg.), *Gender studieren. Lernprozess für Theologie und Kirche*, Ostfildern 2017, S. 105-120, hier: S. 105-107; Stefanie Mayer, Anti-Gender-Diskurse – vom ‚gesunden Menschenverstand‘ zur ‚Politik mit der Angst‘, in: Strube u.a. (Hg.), *Anti-Genderismus in Europa*, S. 35-49, hier: S. 40.

⁸ Martin Reisigl, ‚Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und angst und bange machen‘ – Von populistischen Anrufungen, Anbietungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen, in: Wolfgang Eismann (Hg.), *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?*, Wien 2002, S. 149-198, hier: S. 167; Lucia Scherzberg/August H. Leugers-Scherzberg, Benedikts Schreiben zum Missbrauchsskandal: Ein populistisches Manifest, in: *feinschwarz. Theologisches Feuilleton*, 08.07.2019, <https://www.feinschwarz.net/benedikts-schreiben-zum-missbrauchsskandal-ein-populistisches-manifest/>, Zugriff am: 20.01.2026; Philipp Tönjes, Wenn man sich mit populistischer Rhetorik beschäftigt, in: *theologie.geschichte. Zeitschrift für Theologie und Kulturgeschichte* 15 (2020), S. 77-82, <https://theologiegeschichte.de/ojs2/index.php/tg/article/view/1109/1585>, Zugriff am: 20.01.2026.

politischen ‚Eliten‘, wird aber, wie im Falle der Papstrede, oft auch nicht konkret benannt.⁹ Damit geht das „Prinzip der schwarz-weiß-malerischen Einteilung der Welt sozialer Akteure und Akteurinnen“,¹⁰ also Freund-Feind-Dichotomisierungen einher. Gleichzeitig stellt man sich selbst gemäß dem ‚Prinzip der Selbstinszenierung als Sprachrohr oder Fürsprecher‘¹¹ als jemand dar, der diese Missstände klar benennt und kritisiert.

Weiterhin ist die dies suggerierende Rede von „Ideologien“ in Bezug auf den Gender-Diskurs typisch für Äußerungen des rechtspopulistischen und christlichen Anti-Genderismus.¹² Diese steht auch in Kontinuität zu Äußerungen von Papst Franziskus. Dieser sprach 2016 in Bezug auf „die Gender-Theorie“ vom „große[n] Feind der Ehe“ und der angeblich beabsichtigten „Zerstörung“ der Ehe durch „ideologische[r] Kolonisierung“.¹³ Auch im Nachsynodalen Apostolischen

⁹ Reisigl, *Dem Volk aufs Maul schauen*, S. 167.

¹⁰ Ebd., S. 166.

¹¹ Ebd., S. 167.

¹² Michael Brinkschröder, Liberal oder Pastoral? Evangelische und Katholische Wege zur Akzeptanz von Lesben und Schwulen, in: Carolin Küppers/Martin Schneider (Hg.), *Zwischen Annäherung und Abgrenzung. Religion und LSBTIQ* in gesellschaftlicher Debatte und persönlichem Erleben. Geschichte der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in Deutschland nach 1945*, Bd. 8, Berlin 2021, S.111-158, hier: S. 146f.; Oliver Hidalgo, Autorität und (Un-)Gleichheit. Die ‚natürliche Geschlechterdifferenz als pseudo-demokratisches Stereotyp im aktuellen Rechtspopulismus, in: Sonja A. Strube/Rita Perintfalvi/Raphaella Hemet/Miriam Metze/Cicek Sahbaz (Hg.), *Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation*, Bielefeld 2021, S. 21-33, S. 21; Gerhard Marschütz, Katholische Genderkritik im Gegenwind des kritischen Anspruchs menschenrechtlicher Diskurse, in: Strube u.a. (Hg.), *Antigenderismus in Europa*, S. 241-252, hier: S. 242; Sonja Strube, Anti-Genderismus als rechtsintellektuelle Strategie und als Symptom-Konglomerat Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in: dies. u.a. (Hg.), *Anti-Genderismus in Europa*, S. 51-63, hier: S. 54f.; Strube, *Rechtspopulistische Strömungen*, S. 105-107.

¹³ Zitiert nach: katholisch.de, *Franziskus trifft katholische Priester und Laien in Georgien. Papst: Orthodoxe nicht bekehren*, 01.10.2016, <https://>

Schreiben *Amoris Laetitia* sprach er von einer „Ideologie, die gemeinhin Gender genannt wird“ und suggerierte, dass diese über die Fähigkeit zur aktiven, schädlichen Einflussnahme auf Bildung und Erziehung verfüge und somit eine Gefährdung von Kindern darstelle.¹⁴

Die Rede von Ideologien hat also eine Prägung, die nahelegt, das Zitat Leos als eine Kritik an Antidiskriminierungsdiskursen zu verstehen. Dies wird auch dadurch erhärtet, dass Leo bereits in einem vorherigen Abschnitt seiner Rede auf ähnliche Weise von „Ideologien“ schreibt. Laut Ludwig Ring-Eifel von der KNA

„enthielt die Rede des Papstes auch andere Punkte, die für die Regierung in Washington durchaus willkommen erscheinen mussten. Etwa, als er den Vereinten Nationen den Ratschlag gab, sich weniger um die Verbreitung von „Ideologien“ zu kümmern, sondern sich vielmehr auf ihre Rolle als Friedensvermittler zu konzentrieren.“¹⁵

Konkret fordert der Papst an dieser Stelle zunächst allgemein und begrüßenswert die uneingeschränkte Geltung und Einhaltung des humanitären Völkerrechts. Dieses müsse unabhängig von „von militärischen und strategischen Umständen“¹⁶ als Verpflichtung der Staaten stets den Vorrang

„vor den Ambitionen der Kriegführenden haben, um die verheerenden Auswirkungen des Krieges zu mildern, auch unter dem Gesichtspunkt des Wiederaufbaus“.¹⁷

Zudem verurteilt er

www.katholisch.de/artikel/10719-papst-orthodoxe-nicht-bekehren, Zugriff am: 24.02.2026.

¹⁴ „Papst Franziskus, *Nachsynodales Apostolisches Schreiben. Amoris Laetitia*, 2016, 56, https://www.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20160319_amoris-laetitia.html, Zugriff am: 24.02.2026.

¹⁵ Ring-Eifel, *Papst Leo XIV. beklagt beschränkte Meinungsfreiheit auch im Westen*.

¹⁶ *Ansprache von Papst Leo XIV beim Neujahrsempfang*.

¹⁷ Ebd.

„die Zerstörung von Krankenhäusern, Energieinfrastruktur, Wohnhäusern und Orten, die für das tägliche Leben unerlässlich sind“¹⁸

sowie jegliche Einbeziehungen „der Zivilbevölkerung in militärische Operationen“.¹⁹ In diesem Zusammenhang betont er die Verdienste der UN in der Vergangenheit bei der Konfliktvermittlung, der Entwicklungsförderung und Unterstützung der Staaten beim Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten.²⁰ Er ruft sie aber auch dazu auf,

„zielgerichteter und effizienter [zu] werden, indem sie keine Ideologien, sondern politische Maßnahmen verfolgen, die auf die Einheit der Völkerfamilie ausgerichtet sind.“²¹

Die Adressierung der UN, der EU oder auch nicht näher bestimmter „internationaler Organisationen“ ist ein wiederkehrender Bestandteil rechtspopulistischer und katholischer Gender-Kritik,²² was entsprechende Assoziationen auch für Leos Zitat hervorruft.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd.

²² So sprach die rechtskonservative katholische Publizistin Gabriele Kuby 2011 in einem Beitrag auf *kath.net* zwar nicht von einer Ideologie, aber in ähnlichem Sinne von der „Homosexualisierung der Bevölkerung“ als der einer „globalen Agenda“ von EU und UN: „Verhütung und Abtreibung und die homosexuelle Agenda werden von den mächtigsten Institutionen dieser Erde, der UN und der EU, mit aller Macht vorangetrieben. Die Homosexualisierung der Bevölkerung ist globale Agenda der UN und EU.“ – Gabriele Kuby: Katholische Kirche finanziert ‚eigene Totengräber‘ mit Kirchensteuer, in: *kath.net*, 19.03.2011, <https://kath.net/news/30662>, Zugriff am: 24.02.2026; s. a. Bednarz: *Angstprediger*, S. 118. Im nachsynodalen Schreiben *Amoris Laetitia*, das 2016 im Anschluss an den synodalen Prozess der Familiensynoden 2014-2015 erschienen und auch für Ehe- und Familienpastoral bedeutsam ist, übernahm Papst Franziskus ein Zitat der Synodenväter: „das beklagt, dass „auf Ortskirchen [...] Druck ausgeübt“ würde und dass „die internationalen Organisationen Finanzhilfen für arme Länder von einer Einführung der ‚Ehe‘ unter Personen des gleichen Geschlechts in ihrer Gesetzgebung abhängig machen“. Es sei

Dabei wird abgelehnt, dass Hilfsleistungen einzelner UN-Organisationen mit Antidiskriminierungsstandards und Gleichstellungszielen wie Zugang zu Bildung oder Schutz vor Gewalt sowie mit der Garantie bestimmter Menschenrechte verbunden werden.²³ Zwar fordert dies grundsätzlich auch Leo, jedoch haben UN-Organisationen dabei auch LGBTQ+-Personen im Blick. Deren und geschlechtsabhängige Diskriminierung abzubauen, wird als Teilanliegen von Entwicklungs-, Bildungs- oder Gesundheitsprogrammen berücksichtigt.²⁴ Dies wird im Antigenderismus häufig als Marginalisierung und Zwang dargestellt. Man gibt vor, dies klar anzusprechen, kehrt dabei jedoch die Betroffenheitsverhältnisse um.²⁵

Wenn auch in päpstlichen Äußerungen Motive solcher Diskurse erkennbar sind, die letztlich Institutionen delegitimieren, die zur Wahrung des Völkerrechts bestehen, erfahren diese durch eine Autorität Rezeption, sodass sie in ihrer Radikalität relativiert erscheinen und von ihren Anhänger:innen als berechtigt dargestellt werden können.²⁶ Dadurch wird das eigentlich von Leo formulierte und von der UN geteilte

„unannehmbar, ,dass auf die Ortskirchen in dieser Frage Druck ausgeübt wird und dass die internationalen Organisationen Finanzhilfen für arme Länder von einer Einführung der ‚Ehe‘ unter Personen des gleichen Geschlechts in ihrer Gesetzgebung abhängig machen“ – AL, 251.

²³ Nicole Navratil, Homophobie und antiwestliche Diskurse. LGBT im Brennpunkt der Identitätskonstruktion der serbischen Nation, in: Strube u.a. (Hg.), *Anti-Genderismus in Europa*, S. 121-132, hier: S. 122-127.

²⁴ Ebd.

²⁵ Mayer, Anti-Gender-Diskurse, S. 37; Hilke Rebenstorf, „Rechte“ Christen? – Empirische Analysen zur Affinität christlich-religiöser und rechtspopulistischer Positionen, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* (2018), 2, S. 313–333, hier: S. 320; Reisigl, *Dem Volk aufs Maul schauen*, S. 155. 166f.

²⁶ Jadranka Rebeka Anić, Anti-Genderismus in Kroatien – Kontextbezogene Besonderheiten, in: Strube u.a. (Hg.), *Anti-Genderismus in Europa*, S. 161-172, hier: S. 168; Strube, *Rechtspopulistische Strömungen*, S. 108-110.

Anliegen des Schutzes von Völkerrecht und Menschenrechten unterlaufen.

Autoritarismus

Es finden sich jedoch auch durchaus Argumente für eine Lesart im Sinne von Kardinal Marx. Die von Leo behauptete Einschränkung der Meinungsfreiheit im Westen und der Ausschluss derer, die sich nicht bestimmten Ideologien anpassen, lassen sich durchaus auch auf Trump oder allgemein auf rechte Bewegungen mit autoritären und faschistischen Zügen beziehen.

Solche Bewegungen folgen dem von Reisigl herausgestellten Prinzip, ihre Kritiker zu diffamieren und zu delegitimieren. Anstatt sich einem argumentativen Diskurs zu stellen,²⁷ wird ein moralischer Alleinvertretungsanspruch eines behaupteten homogenen Volkswillens erhoben. Dieser tritt an die Stelle einer Ausdifferenziertheit verschiedener Standpunkte, beziehungsweise wird durch solche als bedroht dargestellt.²⁸ All dies erschiene durch die Rede von Ideologien und dem Ausschluss derer, die sich dem nicht anpassen, treffender beschrieben als wissenschaftlich offene Antidiskriminierungsdiskurse. So stellen Ideologien im analytischen, nicht im polemischen Sinne geschlossene Überzeugungssysteme dar. Sie reduzieren gesellschaftliche Komplexität durch vereinfachende Deutungen und sind gegenüber Kritik und Revision verschlossen.

Die Behauptung, dieser Ausschluss geschehe durch eine Sprache mit inklusivem Bestreben, scheint jedoch zunächst nicht zu einer Lesart als Kritik an Trump oder anderen neu-rechten Akteuren und Bewegungen zu passen. Inklusive

²⁷ Reisigl, *Dem Volk aufs Maul schauen*, S. 167.

²⁸ Mayer, *Anti-Gender-Diskurse*, S. 39; Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Bonn 2016, S. 129f.; Klaus-Peter Hufer, *Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus*, Schwalbach 2019, S. 21

Sprache wird von diesen eher bekämpft, als dass sie sich ihrer bedienen.²⁹

Allerdings lässt sich diese Wendung statt auf eine liberal-pluralistische Sprache, mit der Minderheiten Anerkennung, Sichtbarkeit und Schutz erfahren sollen, auch auf eine Sprache beziehen, die in einem umgedeuteten Sinne homogenisierend inklusiv ist. Eine solche Sprache bringt gemäß dem populistischen Prinzip der Freund-Feind-Schemata und der Vorstellung eines einheitlichen und antipluralen Volks-, Kultur- oder Wertekollektivs³⁰ Forderungen zum Ausdruck, sich in ein solches einzugliedern und sich unterzuordnen. Auch an eine Sprache, die imperialistische Bestrebungen formuliert, kann gedacht werden. Dabei sind solche Sprachen jedoch auch exkludierend wirksam. So werden Abweichende, darunter Minderheiten, aber auch kritische Politiker:innen, Journalist:innen oder Wissenschaftler:innen als nicht zum behaupteten homogenen Kollektiv gehörend dargestellt. Ihnen wird unterstellt, diesem Kollektiv zu schaden, und sie werden zu dessen Feinden erklärt.³¹

²⁹ „Begriffe wie „Rassismus“ oder „Inklusion“ sollen aus Papieren der US-Regierung verschwinden. Das Trump-Lager greift damit nach der mächtigsten Waffe der Linken: der Sprache.“ – Hilmar Klute, Kulturkampf in den USA. Wer hat hier „Rassismus“ gesagt?, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.03.2025, <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/us-regierung-donald-trump-sprache-diversitaet-woerter-verbot-e265913/?reduced=true>, Zugriff am: 22.01.2026; Gudrun Büscher, Kampf der Worte. Trump verbannt Feminismus aus der Amtssprache – und einiges mehr, in: *Berliner Morgenpost*, 10.03.2025, <https://www.morgenpost.de/politik/article408520288/trump-usa-sprache-worte-kulturkampf-usa.html>, Zugriff am: 22.01.2026.

³⁰ Mayer, *Anti-Gender-Diskurse*, S. 37; Müller, *Was ist Populismus?*, S. 129; Rebenstorf, „Rechte“ Christen?, S. 320; Reisigl, *Dem Volk aufs Maul schauen*, S. 166.

³¹ Hufer, *Argumente am Stammtisch*, S. 21f.; Reisigl, *Dem Volk aufs Maul schauen*, S. 155f.

Eindeutigkeit von Sprache

Wenngleich Kardinal Marx in seiner Reaktion auf das Papstzitat, ohne entgegengesetzte Deutungen auszuschließen, den Fokus auf eine Lesart als Kritik am System Trump lenkt, benennt er gleichzeitig dessen Unkonkretheit, Mehrdeutigkeit und Anwendbarkeit auch auf andere Kontexte. Damit bestätigt er schließlich doch die entgegengesetzte Einschätzung einer rhetorischen Nähe des Abschnitts zum Trumpismus beziehungsweise zu Argumentationsstrukturen des Rechtspopulismus überhaupt.

Martin Reisigl hat in seinem Katalog charakteristischer Prinzipien populistischer Rhetorik das „Prinzip der kalkulierten Ambivalenz“ beschrieben. Mit diesem sprachlichen Mittel sollen mit absichtlich zweideutigen Botschaften Inhalte, die sich eigentlich widersprechen, vermittelt und verschiedene Adressat:innen angesprochen werden. Der eigene Standpunkt wird dabei nicht eindeutig erkennbar gemacht oder bewusst verschleiert. Somit nehmen diejenigen, die diesen teilen, die Aussage dennoch als Zuspruch wahr. Im Falle von Widerspruch durch Kritiker:innen kann aber darauf beharrt werden, ‚es ja ganz anders gemeint zu haben‘, aber bewusst missverstanden und falsch dargestellt zu werden.³²

Besonders auffällig ist diese Ambivalenz bei Leo angesichts der Aussagen, die dem diskutierten Abschnitt zu Einschränkungen der Meinungsfreiheit und dem Ausschluss derer, die sich nicht bestimmten Ideologien anpassen, durch inklusive Sprache, vorausgehen. So folgt dieser unmittelbar auf Ausführungen, in denen der Papst uneindeutige und semantisch mehrdeutige Sprache beklagt, als potenziell beleidigend und gar als „Waffe“³³ bezeichnet. Die unmittelbar vorangehende Passage lautet:

³² Ebd., S. 168. 170f.; Scherzberg/Leugers-Scherzberg, *Benedikts Schreiben zum Missbrauchsskandal* Tönjes, *Wenn man sich mit populistischer Rhetorik beschäftigt*, S. 81.

³³ *Ansprache von Papst Leo XIV beim Neujahrsempfang.*

„In unseren Tagen wird die Bedeutung von Wörtern immer fluider und die Konzepte, die sie repräsentieren, immer mehrdeutiger. Die Sprache ist nicht mehr das bevorzugte Mittel der Menschen, um sich kennenzulernen und sich zu begegnen, sondern wird in den Windungen der semantischen Mehrdeutigkeit immer mehr zu einer Waffe, mit der man Gegner täuschen oder aber treffen und beleidigen kann. Wir müssen dafür sorgen, dass Worte wieder unzweideutig klare und deutliche Wirklichkeiten ausdrücken. Nur so kann ein authentischer Dialog ohne Missverständnisse wiederaufgenommen werden. Dies muss in unseren Häusern und auf unseren Plätzen, in der Politik, in den Medien und in den sozialen Netzwerken sowie im Kontext der internationalen Beziehungen und des Multilateralismus geschehen, damit dieser wieder die erforderliche Kraft erlangt, um seine Rolle als Vermittler und Schlichter zu erfüllen, die zur Konfliktverhütung notwendig ist, und niemand versucht ist, andere mit Gewalt zu unterdrücken, sei sie verbal, physisch oder militärisch.“³⁴

Zunächst fordert Leo, zu einer eindeutigen Verwendung von Worten auf, die Gewissheit ausdrücken und die Wirklichkeit wiedergeben. Nur so könne ein „authentischer Dialog ohne Missverständnisse wiederaufgenommen werden“.³⁵ Einen solchen offenen Umgang miteinander, bei dem den Gesprächsteilnehmenden klar ist, was das Gegenüber denkt und mit seinen Worten auszudrücken beabsichtigt, stellt er als relevante Aufgabe in verschiedenen Kontexten dar. Dies sei nicht nur im Persönlichen, in den Medien und sozialen Netzwerken von Bedeutung, sondern auch in der Politik und auf der Ebene internationaler und multilateraler Beziehungen zur Beilegung und Verhütung von Konflikten. Dass er daraufhin selbst ein mehrdeutiges Zitat folgen lässt, das verschiedene Lesarten ermöglicht und seinen eigentlichen Standpunkt nicht direkt offenlegt, stellt bereits eine Ambivalenz in sich dar.

Dies bedeutet nicht nur eine Beanspruchung klerikaler, beziehungsweise päpstlicher Sonderrechte durch eine Inkonsistenz zwischen der geforderten Norm und den eigenen Worten.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd.

Zudem entspricht dies der von Reisigl ebenfalls als Charakteristikum populistischer Rhetorik herausgestellten Vorgabe, vermeintlich offen und ungeniert zu reden und angebliche Missstände in der Sprache des ‚einfachen Volks‘ klar zu benennen, in Abgrenzung zu den politischen Eliten ‚da oben‘. Dabei wird diesen vorgeworfen, unehrlich, verklausuliert und weitschweifig in unkonkreten Phrasen zu sprechen³⁶ oder auch den Diskurs einzuschränken sowie Gegenpositionen zu unterdrücken und zu marginalisieren. Zum Ausdruck kommt dies etwa in der Phrase „Man darf ja nichts mehr sagen“. Dabei liegt gewissermaßen eine paradoxe Kombination zweier rechtspopulistischer Rhetorik-Prinzipien vor. Einerseits wird hinsichtlich des vermeintlich eingeschränkten Redens eine Froschperspektive als vorgeblich marginalisierte Opfer eingenommen. Andererseits stellt man sich als Sprachrohr dar, das diesen Missstand offen benennt. Insbesondere zeigt sich dies bei Leo auch in der Behauptung, „dass das Paradox dieser Entkräftung des Wortes oft im Namen der Meinungsfreiheit selbst befördert“³⁷ würde, wobei im Gegenteil dazu

„die Rede- und Meinungsfreiheit [...] gerade durch die Gewissheit der Sprache und die Tatsache garantiert [wird], dass jeder Begriff in der Wahrheit wurzelt“.³⁸

In diesem Zusammenhang ist auch die hermeneutische Grundlage dieser Aussage sowie der Forderung, zu Worten zurückzukehren, die „unzweideutig klare und deutliche Wirklichkeiten ausdrücken“,³⁹ zu betrachten. Diese ist in einem neuscholastisch anschlussfähigen Verständnis von Wahrheit zu sehen, das sich gegen relativistische, konstruktivistische und postmodernistische Ansätze richtet. Demnach sind Bedeutungen nicht historisch, kulturell und sprachlich bedingt. Stattdessen liegen real existierende, objektive Wahrheiten vor, die der Sprache vorausgehen und durch Begriffe mit einem

³⁶ Reisigl, *Dem Volk aufs Maul schauen*, S. 166f.

³⁷ *Ansprache von Papst Leo XIV beim Neujahrsempfang*.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.

festen, objektiv richtigen Sinn lediglich abgebildet statt konstruiert werden. Dies verdeutlicht die Anschlussfähigkeit an die Ablehnung von Antidiskriminierungs- und Genderdiskursen. Diese stellen in Bezug auf solche vermeintlich natürlichen Setzungen die Legitimität von Benachteiligungen, Rollenbildern und ungleichen Möglichkeiten, die aus ihnen resultieren, und somit letztlich solcher natürlichen Ableitungen überhaupt in Frage.⁴⁰

Ehe und Familie

Auch an anderer Stelle der Papst-Rede wird deren Anschlussfähigkeit an rechtspopulistische Rhetorik, aber auch deren Ambivalenz deutlich, die eine differenzierte Betrachtung erfordert. Ludwig Ring-Eifel kommt in seinem KNA-Bericht zu der Einschätzung:

„Noch deutlicher wurde Leo XIV. bei seiner ‚kategorischen Verurteilung‘ der staatlichen Förderung von Abtreibungen. Und eine Legalisierung von Euthanasie kritisierte er ebenso scharf wie gesellschaftspolitische Modelle, die darauf gerichtet seien, die traditionelle Ehe von Mann und Frau zu zerstören.“⁴¹

Wörtlich sagte der Papst jedoch:

„Trotz ihrer zentralen Bedeutung steht die Institution der Familie heute vor zwei entscheidenden Herausforderungen. Einerseits ist im internationalen System eine besorgniserregende Tendenz zu beobachten, ihre grundlegende soziale Rolle zu vernachlässigen und zu unterschätzen, was zu ihrer fortschreitenden institutionellen Marginalisierung führt. Andererseits lässt sich die zunehmende und schmerzhaft wirkliche fragiler, zerrütteter und leidender Familien nicht leugnen, die unter inneren Schwierigkeiten und besorgniserregenden Phänomenen leiden, einschließlich häuslicher Gewalt.“

⁴⁰ Hidalgo, *Autorität und (Un-)Gleichheit*, S. 22-27; Marschütz: *Katholische Genderkritik*, S. 245.

⁴¹ Ring-Eifel, *Papst Leo XIV. beklagt beschränkte Meinungsfreiheit auch im Westen*.

Die Berufung zur Liebe und zum Leben, die sich in herausragender Weise in der ausschließlichen und unauflöslichen Verbindung zwischen Frau und Mann zeigt, erfordert eine grundlegende ethische Verpflichtung: Familien in die Lage zu versetzen, das ungeborene Leben anzunehmen und sich umfassend um es zu kümmern.⁴²

Statt von einer „Zerstörung der Ehe“ sprach Leo also von einer „fortschreitenden institutionellen Marginalisierung“⁴³ der Familie.

Dies kann sowohl im Sinne einer Kritik gedeutet werden, die mangelnde soziale Gerechtigkeit in der Familienpolitik und strukturelle Missstände in den politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für Familien beklagt. Solche kritisiert etwa, dass Familien ökonomisch und politisch nicht ausreichend anerkannt werden, obwohl sie durch Aufgaben wie Erziehung, Pflege und Generationensolidarität wesentlich zum Nutzen der Gesellschaft beitragen.

Ein Beispiel hierfür ist etwa die mangelnde Unterstützung bei gleichverteilter Care-Arbeit, Erziehungsarbeit und Pflege. So besteht ein Mangel an bezahlbaren KiTa-Plätzen. Hinzu kommt die unzureichende Vereinbarkeit von Familie und gleichberechtigter Erwerbstätigkeit. Diese Probleme können durchaus als „institutionelle Marginalisierung“⁴⁴ oder zumindest als strukturell bedingt und staatlich hingenommen, beziehungsweise nicht bekämpft angesehen werden. Sie resultieren neben fehlender staatlicher Unterstützung aus einer Orientierung an Marktlogik, fiskalischen Interessen und patriarchalen Strukturen. Dadurch sind Familien Belastungen und Abhängigkeiten ausgesetzt und erfahren Überlastung. Letztlich werden dadurch auch die „zunehmende und schmerzhaftes Wirklichkeit“⁴⁵ und „besorgniserregenden Phänomene“⁴⁶ wie

⁴² *Ansprache von Papst Leo XIV beim Neujahrsempfang.*

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Ebd.

‚Zerrüttung‘ und häusliche Gewalt mitbedingt, die vom Papst benannt werden.

In diesem Sinne kann auch die Betonung einer

„grundlegenden ethischen Verpflichtung, Familien in die Lage zu versetzen, das ungeborene Leben anzunehmen und sich umfassend um es zu kümmern“,⁴⁷

gelesen werden. So kann darin ein Hinweis auf die Notwendigkeit einer Verantwortung für Sorge-, Erziehungs- und Versorgungsarbeit, die in Familien gleichberechtigt und nicht nur von Frauen zu tragen ist, gesehen werden. Zudem kann eine Verdeutlichung der Verantwortung der Gesamtgesellschaft erkannt werden, strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die dies ermöglichen. Dies wird nicht nur in Bezug auf das Kümmern, sondern auch auf das Annehmen von Leben herausgestellt. Statt der individuellen Verantwortung oder der der Familie scheinen also besonders die strukturellen gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen betont zu werden, von denen die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, ungeborenes Leben annehmen zu können, abhängt.

Allerdings kann die Rede von einer „fortschreitenden institutionellen Marginalisierung“⁴⁸ der Familie statt im Sinne einer solchen sozialpolitischen Kritik gegenteilig auch als anschlussfähig an das rechte Narrativ einer geplanten Zerstörung von Ehe und Familie gesehen werden. Dieses richtet sich gegen das Eintreten für die Legitimität auch anderer Partnerschaftsmodelle und die Infragestellung der heteronormativen Komplementarität als einzig legitimer Form des Zusammenlebens, wie es in einer natürlichen Ordnung zeitunabhängig normativ gesetzt sei. Beides wird dabei als Angriff auf die Existenz von heterosexueller Ehe und Familie überhaupt hochstilisiert.⁴⁹ Dies stellt ein für den Rechtspopulismus typisches Heraufbeschwören eines fiktiven Bedrohungsszenarios durch realitätsverzerrende Überspitzungen dar, um selbst

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Brinkschröder, *Liberal oder Pastoral?*, S. 146.

dagegen anzukämpfen.⁵⁰ So wird durch Gender-Diskurse, die für Anerkennung auch anderer Partnerschaftsmodelle eintreten, lediglich die Exklusivität und Normativität der heterosexuellen Ehe und Familie infrage gestellt. Nicht zutreffend ist, dass deren Bestand und Legitimität an sich in Abrede gestellt würde.⁵¹ Dass Gender-Kritiker:innen dies dennoch unterstellen, liegt wohl daran, dass damit die Ableitbarkeit normativer Setzungen aus der Natur infrage gestellt wird,⁵² wie sie im rechtspopulistischen aber auch im christlich-traditionalistischen Milieu häufig zu finden sind.⁵³

⁵⁰ Strube, *Anti-Genderismus*, S. 54f.; Mayer, *Anti-Gender-Diskurse*, S. 43; Reisigl, *Dem Volk aufs Maul schauen*, S. 152.166.

⁵¹ Brinkschröder, *Liberal oder Pastoral?*, S. 146.

⁵² Hidalgo, *Autorität und (Un-)Gleichheit*, S. 22-27.

⁵³ So schreibt etwa die 2014 aufgekommene, vor allem in Stuttgart aktive, sich gegen die Einführung der ‚Ehe für alle‘ und des Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare wendende Initiative mit dem Masse suggerierenden Namen ‚Demo für alle‘, bei deren Kundgebungen sowohl RednerInnen aus konservativ-christlichen Kreisen verschiedener Konfessionen wie Evangelikale, PietistInnen, Orthodoxe und Katholik:innen, wie auch aus AfD und Junger Alternative, aber auch der CDU auftraten, in ihrer Selbstbeschreibung zudem weitere der bereits betrachteten Charakteristika wie Freund-Feind-Dichotomien, Suggestionen von Bedrohungen und der Inszenierung als Sprachrohr der vermeintlich Bedrohten: „Wir treten ein für Ehe und Familie, auf die unsere Gesellschaft seit Jahrtausenden gründet, und wenden uns gegen die alles durchdringenden Umerziehungsversuche gut organisierter Lobbygruppen und Ideologen. [...] Familien und Bürger aller religiösen Bekenntnisse, gemäßigten politischen Parteien und Weltanschauungen, die die Abschaffung der natürlichen Geschlechter durch das Gender Mainstreaming und die Zerstörung der Familie aufhalten wollen, laden wir ein, sich uns anzuschließen. Gemeinsam gehen wir auf die Straße, um für die Wahrung der Elternrechte, für Ehe und Familie und gegen Gender-Ideologie und Sexualisierung der Kinder in Kita und Schule zu demonstrieren.“ – zit. n.: DemoFürAlle, *Gender erklärt in weniger als 3 Minuten*, 21.05.2025, <https://www.youtube.com/watch?v=c8hwvvoNOpA>, Zugriff am: 25.01.2026; Liane Bednarz, *Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern*, Bonn 2019 (Schriftenreihe Band 10312), S. 96f. 104; Strube, *Rechtspopulistische Strömungen*, S. 111-115; Strube: *Anti-Genderismus*, S. 53f.

Zudem geht dies erneut mit einer Freund-Feind-Dichotomie einher: Die eigene Gruppe wird als marginalisiert durch eine einflussreiche mächtige Elite, die ihr schadet, dargestellt. Akteure, die Antidiskriminierungsdiskurse führen und umsetzen, sowie völkerrechtliche politische Institutionen werden als solche diffamiert.⁵⁴

Eine solche Lesart der Aussage Leos, wonach diese auf eine vermeintliche Zerstörung von Ehe und Familie abziele, stünde zudem in gewisser Kontinuität zu Äußerungen von Papst Franziskus. Dieser fiel 2016 auf einer Georgien-Reise mit dem folgenden frei formulierten Zitat auf, das durch eine realitätsverzerrende Überspitzung, wie sie auch im Rechtspopulismus typisch ist, ein fiktives Bedrohungsszenario schafft, um selbst dagegen vorzugehen⁵⁵:

„Der große Feind der Ehe ist die Gender-Theorie. Es gibt heute einen Weltkrieg, um die Ehe zu zerstören. Er wird nicht mit Waffen geführt, sondern durch ideologische Kolonisierung. Darum ist es wichtig, die Ehe vor diesen Kolonisierungen zu verteidigen.“⁵⁶

Damit vollzog Franziskus eine problematische Gleichsetzung. Gender-Diskurse treten ein für die Anerkennung einer

Die katholische und anti-genderistische Publizistin und nach Einschätzung von Liane Bednarz „wohl über das christliche Milieu hinaus sichtbarste Anti-Gender-Kämpferin“ Birgit Kelle äußerte 2015 in einem Interview auf dem von Sven von Storch betriebenen Blog ‚freiewelt.net‘: „Es geht inzwischen darum, alle bewährten Beziehungsmodelle – allen voran die traditionelle Familie als das weltweite Erfolgsmodell – nachhaltig zu beschädigen und weitgehend zu zerstören.“ – Strube, *Rechtspopulistische Strömungen*, S. 117f.; Bednarz, *Angstprediger*, S. 66. 68. 95f.; freiewelt.net, Interview mit Birgit Kelle. „Der Gender-Wahn muss beendet werden“, in: *Die Freie Welt. Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft*, 03.03.2015, <http://www.freiewelt.net/interview/der-gender-wahn-muss-beendet-werden-10055431/>, Zugriff am: 17.12.2022.

⁵⁴ Reisigl, *Dem Volk aufs Maul schauen*, S. 166f.

⁵⁵ Mayer, *Anti-Gender-Diskurse*, S. 43; Reisigl, *Dem Volk aufs Maul schauen*, S. 152.166.

⁵⁶ Zitiert nach: katholisch.de, *Franziskus trifft katholische Priester und Laien in Georgien*; s. a. Bednarz, *Angstprediger*, S. 73.

Pluralität an Lebensformen, die Gleichwertigkeit nicht-heterosexueller Partnerschaften und für Situationsverbesserungen von Menschen, die durch die Geringschätzung solcher und entsprechende Benachteiligungen betroffen sind. Franziskus setzt sie hingegen gleich mit den Kriegsereignissen im 20. Jahrhundert und die vorgeblich marginalisierten Anhänger:innen und Verteidiger:innen einer exklusiv heterosexuell verstandenen Ehe mit deren Opfern.⁵⁷ Diese Ereignisse, mit denen der Begriff ‚Weltkrieg‘ primär in Verbindung gebracht wird, verursachten Benachteiligungen in extremer Form und forderten jeweils mehrere Millionen Todesopfer. Zudem ging der Zweite Weltkrieg eng mit der fabrikmäßigen Massenermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden einher. Darüber hinaus stellte Papst Franziskus Gleichstellungsbemühungen im Vergleich mit der Kolonialgeschichte geschichtsrelativierend als kulturfremde Interventionen dar, die von außen aufgezwungen würden.⁵⁸ Diese Äußerung stellt also in mehrfacher Hinsicht eine Relativierung belasteter Vergangenheiten dar, wie sie auch von Rechtspopulist:innen durch unangemessene Vergleiche betrieben wird. Damit bestärkt er diese in ihrer Argumentation.⁵⁹

Krieg, Diplomatie und Frieden

Hingegen ist zumindest in der Neujahrsansprache vom 9. Januar 2026 festzustellen, dass Leo keine solche geschichtsverzerrende und kriegsrelativierende Rhetorik verwendet, um eine angebliche Gefährdung von Ehe und Familie auszudrücken. Auch entspricht es außerhalb Deutschlands, wo dies wie eine relativierende Entkontextualisierung des belasteten NS-Euphemismus wirkt, dem verbreiteten Sprachgebrauch, wenn der Papst in Bezug auf Sterbehilfe und assistierten Suizid von ‚Euthanasie‘ spricht. Für solche sowie für Abtreibungen

⁵⁷ Mayer, *Anti-Gender-Diskurse*, S. 40.

⁵⁸ Brinkschröder, *Liberal oder Pastoral?*, S. 147.

⁵⁹ Hufer, *Argumente am Stammtisch*, S. 21f.; Reisigl, *Dem Volk aufs Maul schauen*, S. 155f. 167; Strube, *Rechtspopulistische Strömungen*, S. 108.

fordert er für Ärzte die Ablehnbarkeit aus Gewissensgründen beziehungsweise beklagt er die Einschränkung der Gewissensfreiheit. Dies in einer Reihe mit der „Verweigerung des Militärdienstes im Namen der Gewaltfreiheit“⁶⁰ zu nennen, erscheint dabei jedoch durchaus fragwürdig.

Zumindest textimmanent scheint der Papst jedoch Relativierungen von Kriegen der Vergangenheit zu vermeiden, die diejenigen Passagen in der Rede, in denen er Kritik an den Kriegen der Gegenwart äußert, konterkarieren würden.

In seiner Neujahrsansprache forderte er, wie bereits erwähnt, in Bezug auf solche kriegesischen politischen Konflikte, dass das Völkerrecht verpflichtend immer und unabhängig von „militärischen und strategischen Umständen“⁶¹ Vorrang „vor den Ambitionen der Kriegführenden“ haben müsse.⁶² Zudem verurteilt er die Einbeziehung der Zivilbevölkerung sowie Angriffe auf zivile Infrastruktur:

„Ich möchte insbesondere auf die Bedeutung des humanitären Völkerrechts hinweisen, dessen Einhaltung nicht von militärischen und strategischen Umständen oder Interessen abhängig sein darf. Das humanitäre Völkerrecht garantiert nicht bloß ein Mindestmaß an Menschlichkeit inmitten der Plagen des Krieges, sondern ist auch eine Verpflichtung, die die Staaten eingegangen sind. Es muss stets Vorrang vor den Ambitionen der Kriegführenden haben, um die verheerenden Auswirkungen des Krieges zu mildern, auch unter dem Gesichtspunkt des Wiederaufbaus. Es darf nicht verschwiegen werden, dass die Zerstörung von Krankenhäusern, Energieinfrastruktur, Wohnhäusern und Orten, die für das tägliche Leben unerlässlich sind, einen schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellt. Der Heilige Stuhl bekräftigt nachdrücklich seine Verurteilung jeder Form von Einbeziehung der Zivilbevölkerung in militärische Operationen und wünscht, dass die internationale Gemeinschaft sich daran erinnert, dass der Schutz des Grundsatzes der Unverletz-

⁶⁰ *Ansprache von Papst Leo XIV beim Neujahrsempfang.*

⁶¹ Ebd.

⁶² Ebd.

lichkeit der Menschenwürde und der Heiligkeit des Lebens stets mehr zählt als jedes bloß nationale Interesse.“⁶³

„Rhetorisch vielleicht am stärksten“⁶⁴ ist für Ludwig Ring-Eifel die folgende Passage. Diese ist als Kritik an der Ausbreitung von Krieg und gewaltsamen Grenzverletzungen anstelle von Dialog und Konsenssuche lesbar:

„Eine Diplomatie, die den Dialog fördert und den Konsens aller sucht, wird durch eine Diplomatie der Stärke, durch einzelne Staaten oder Gruppen von Verbündeten ersetzt. Krieg ist wieder in Mode gekommen, und eine kriegerische Stimmung breitet sich aus. Das nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegte Prinzip, das es Ländern verbietet, Gewalt anzuwenden, um die Grenzen anderer zu verletzen, ist gebrochen worden. Der Friede wird nicht mehr als Geschenk und als an sich erstrebenswertes Gut gesucht, ‚mit dem Ziel einer von Gott gewollten Ordnung, die eine vollkommenere Gerechtigkeit unter den Menschen herbeiführt‘, sondern mit Waffen als Voraussetzung für die Durchsetzung der eigenen Herrschaft. Dies stellt eine schwerwiegende Beeinflussung der Rechtsstaatlichkeit dar, die die Grundlage für jedes friedliche gesellschaftliche Zusammenleben bildet.“⁶⁵

Dabei ist jedoch anzufragen, ob sich die Kritik an einer „Diplomatie der Stärke durch einzelne Staaten oder Gruppen von Verbündeten“⁶⁶ nur auf Aggressoren bezieht. Die Formulierung „Diplomatie der Stärke“ bleibt offen dafür, auch solche Maßnahmen einzuschließen, die als Reaktion auf reale Aggressionen und fehlende Dialogbereitschaft der Angreifenden ergriffen werden, ohne dabei unmittelbar militärische Gewalt anzuwenden. Dies beträfe etwa auch Formen von Abschreckung, Wirtschaftssanktionen oder politischer Geschlossenheit.

Ambivalent bleibt auch die sich daran anschließende Kritik an einem Frieden, der „mit Waffen als Voraussetzung für die

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Ring-Eifel, *Papst Leo XIV. beklagt beschränkte Meinungsfreiheit auch im Westen*.

⁶⁵ *Ansprache von Papst Leo XIV beim Neujahrsempfang*.

⁶⁶ Ebd.

Durchsetzung der eigenen Herrschaft“⁶⁷ gesucht werde. Auch hier bleibt offen, ob sich dies tatsächlich ausschließlich auf Versuche der Herrschaftsdurchsetzung durch jene Akteure bezieht, die den Frieden zunächst brechen und anschließend lediglich insofern ‚suchen‘, als sie Bedingungen für einen solchen stellen. Ob dies ebenso auf Verteidigungsmaßnahmen der Angegriffenen beziehbar bleibt, ist anzufragen, da auch diese die Wahrung der „eigenen Herrschaft“, beziehungsweise der bedrohten Souveränität zum Ziel haben.

Der Papst bleibt nicht bei dieser abstrakten Reflexion, die beispielsweise in ambivalenter Weise auf den Ukraine-Krieg bezogen oder als Warnung angesichts imperialer Phantasien Trumps verstanden werden kann. Stattdessen benennt er im weiteren Verlauf seiner Rede auch konkrete kriegerische Konflikte, wie zu erwarten, jedoch nicht die entsprechenden Aggressoren. In Bezug auf den Ukraine-Krieg schreibt er:

„Der Hochmut trübt die Wirklichkeit selbst und das Mitgefühl für den Nächsten. Es ist kein Zufall, dass jeder Konflikt seine Wurzel im Hochmut hat. Wie ich in meiner Botschaft zum Weltfriedenstag erwähnt habe, »verliert [man] dann den Wirklichkeitsbezug und überlässt sich einer partiellen und verzerrten Vorstellung von der Welt, die von Dunkelheit und Angst geprägt ist«, wodurch der Weg für die Logik der Konfrontation geebnet wird, die Vorbote jedes Krieges ist.

Wir beobachten dies in zahlreichen Zusammenhängen, angefangen beim Fortdauern des Krieges in der Ukraine mit dem Leid, das der Zivilbevölkerung zugefügt wird. Angesichts einer solch dramatischen Situation bekräftigt der Heilige Stuhl nachdrücklich die Dringlichkeit eines sofortigen Waffenstillstands und eines Dialogs, der von der aufrichtigen Suche nach Wegen zum Frieden geprägt ist. Ich richte einen eindringlichen Appell an die internationale Gemeinschaft, damit das Engagement für gerechte und dauerhafte Lösungen zum Schutz der Schwächsten und zur Wiederherstellung der Hoffnung bei der betroffenen Bevölkerung nicht erlischt, und ich bekräftige die uneingeschränkte

⁶⁷ Ebd.

Bereitschaft des Heiligen Stuhls, jede Initiative zu unterstützen, die Frieden und Eintracht fördert.“⁶⁸

Zwar erscheint es naheliegend, den Angriff Russlands als in „Hochmut“ wurzelnd zu verstehen. Ohne konkrete Benennung dessen können jedoch auch Vertreter:innen, die eine Täter-Opfer-Umkehrung vollziehen und der Ukraine die Verantwortung zuschreiben, den Krieg begonnen zu haben oder weiterzuführen, statt zu kapitulieren,⁶⁹ den Hochmut-Vorwurf auf diese beziehen.

In ähnlich ambivalenter Weise bleibt offen, wie der ‚sofortige Waffenstillstand und Dialog‘ erzielt werden soll. Somit kann die ‚nachdrückliche‘ Bekräftigung von deren ‚Dringlichkeit‘ durch den Papst von Vertreter:innen gegensätzlicher Ansichten aufgegriffen werden. Weder benannt noch ausgeschlossen wird, ob dies durch ein Einlenken Russlands oder durch Zugeständnisse der angegriffenen Ukraine, etwa in Form territorialer Abtretungen, geschehen soll.

Bestenfalls kann man von offenen Erfolgsaussichten ausgehen, sollte diese begriffliche und normative Uneindeutigkeit dem Anliegen geschuldet sein, sich eine Rolle als vermittelnde Instanz offen zu halten, die von beiden Seiten und auch vom russischen Aggressor angesehen wird. Ein solches Angebot kann in der Bekräftigung der „uneingeschränkte Bereitschaft des Heiligen Stuhls, jede Initiative zu unterstützen, die Frieden und Eintracht fördert“ gesehen werden.

Ambivalent und je nach Standpunkt unterschiedlich anschlussfähig erscheinen auch Leos Ausführungen zur Intervention Trumps mit Entführung des autoritären Präsidenten in Venezuela. Diese wird ebenfalls nicht konkret benannt, sondern nur angedeutet, indem von den „jüngsten Entwicklungen“⁷⁰

⁶⁸ *Ansprache von Papst Leo XIV beim Neujahrsempfang.*

⁶⁹ *spiegel.de, Geschichtsverdrehung. Trump gibt Selenskyj und Biden Schuld am Ukrainekrieg*, 15.04.2025, <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-donald-trump-gibt-wolodymyr-selenskyj-und-joe-biden-schuld-am-krieg-a-af465c37-b015-47e2-b43b-bfb837da51bc>, Zugriff am: 17.02.2026.

⁷⁰ Ebd.

die Rede ist. So kann die Forderung des Papstes, „den Willen des venezolanischen Volkes zu respektieren“, ⁷¹ sowohl für die Bekräftigung der Forderung nach Achtung der Souveränität des Landes als auch für die Bestätigung der amerikanischen Intervention, gegebenenfalls auch mit Beibehaltung der Kontrolle, beansprucht werden. Auch Befürworter:innen, die dieses Vorgehen legitimieren, können beanspruchen, im Einklang mit dem Volkswillen zu stehen und der Forderung nach „Schutz der Menschen- und Bürgerrechte“ ⁷² zu entsprechen. ⁷³ Zudem setzt diese Forderung einen homogenen Volkswillen voraus, wie es auch einem Prinzip des Populismus entspricht. Damit wird eine Koexistenz verschiedener Meinungen und Standpunkte negiert: ⁷⁴

„Große Besorgnis erregt auch die Verschärfung der Spannungen in der Karibik und entlang der amerikanischen Pazifikküste. Ich erneuere meinen eindringlichen Appell, nach friedlichen politischen Lösungen für die gegenwärtige Situation zu suchen, wobei das Gemeinwohl der Bevölkerung im Vordergrund stehen muss und nicht die Verteidigung von Partikularinteressen. Dies gilt insbesondere für Venezuela infolge der jüngsten Entwicklungen. In diesem Zusammenhang erneuere ich meinen Appell, den Willen des venezolanischen Volkes zu respektieren und sich für den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte aller

⁷¹ Ebd.

⁷² Ebd.

⁷³ Etwa übergab die venezolanische Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado, um ihre „Anerkennung für sein einzigartiges Engagement für unsere Freiheit“ zum Ausdruck [zu] bringen“, ihre Nobelpreismedaille an Donald Trump in einem Rahmen, der mit der Widmung versehen war „Überreicht als persönliches Symbol der Dankbarkeit im Namen des venezolanischen Volkes in Anerkennung von Präsident Trumps prinzipientreuen und entschiedenen Maßnahmen zur Sicherung eines freien Venezuelas.“ – zit. n. tagesschau.de, *Maria Machado überreicht Donald Trump in Washington ihren Friedensnobelpreis*, 16.01.2026, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/machado-trump-friedensnobelpreis-100.html>, Zugriff am 17.02.2026.

⁷⁴ Müller, *Was ist Populismus*, S. 130; Rebenstorf, „Rechte“ Christen?, S. 320.

einzusetzen sowie für den Aufbau einer Zukunft in Stabilität und Eintracht“⁷⁵

Leos Verzicht auf eine stärkere Konkretisierung sowohl im Hinblick auf den Angriff Russlands auf die Ukraine als auch auf das Agieren der USA in Venezuela reiht sich in eine Vielzahl von Ambivalenzen im Text ein. Daher fällt es schwer, diese ausschließlich als Preis dafür zu betrachten, dass er mit einer wichtigen Forderung an diese Akteure, die weder hier noch dort ausdrücklich benannt werden, möglicherweise später im Text noch auf Gehör stoßen möchte.

So appelliert der Papst an alle Staaten, insbesondere aber an diejenigen, die über Atomwaffen verfügen, um Frieden durch Dialog und Abrüstung, statt durch Gewalt und Abschreckung zu erreichen. Jedoch betont er explizit die Forderung nach einer Verlängerung des New-START-Vertrags und die Gefahr eines sonst drohenden neuen nuklearen Wettrüstens. Dieses Abkommen zwischen den Parteien USA und Russland, die auch hier nicht von ihm benannt werden, dient der Begrenzung der Anzahl strategischer Atomwaffen, lief jedoch im Februar 2026 aus.⁷⁶

Auch geht der Papst, ohne den Terror und Überfall der Hamas auf Israel als Konflikttreiber zu benennen, auf die Situation im Nahen Osten ein⁷⁷ und thematisiert weiterhin krisenhafte Lagen in Haiti, im Afrika der Großen Seen, im Sudan, in Ostasien und in Myanmar.⁷⁸

In Leos Neujahrsansprache konnten kalkulierte Ambivalenzen festgestellt werden, die den Standpunkt des Papstes nicht deutlich werden lassen. Somit können sich Anhänger:innen verschiedener, gegensätzlicher Standpunkte und Interessen auf diese als Bestätigung berufen. Solche liegen nicht nur in Bezug auf behauptete Einschränkungen der Meinungsfreiheit vor, was sich sowohl auf Antidiskriminierungsdiskurse als

⁷⁵ *Ansprache von Papst Leo XIV beim Neujahrsempfang*

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ebd.

auch autoritäre antiplurale Bewegungen beziehen lässt. Auch hinsichtlich konkreter politischer Konflikte und Friedensforderungen können solche Ambivalenzen festgestellt werden, da die Verantwortlichen und die Einstellung von deren Aggressionen als erster Weg, Frieden umzusetzen, unbenannt bleiben.

Zumindest textimmanent konnte hingegen keine vergangenheitsrelativierende Rhetorik wie bei Franziskus in Bezug auf eine angebliche Bedrohung von Ehe und Familie festgestellt werden, welche die Forderungen nach Gewaltlosigkeit und Kriegskritik untergraben würde. Jedoch können Aussagen Leos zur Abtreibung, die er zu einem späteren Zeitpunkt tätigte, aber auch solche, die bereits im Text enthalten sind, als Relativierung angeprangerter Friedensgefährdungen sowie von Antisemitismus ausgewiesen werden.

Abtreibung und Lebensschutz

Neben der Verteidigung heteronormativer Ehe- und Familienvorstellungen sowie der Ablehnung einer Pluralität an Geschlechtern und Lebensformen ist der Lebensschutz ein weiteres „Brückenthema“⁷⁹ mit „Scharnierfunktion als Türöffner“⁸⁰ zwischen Rechtspopulismus und konservativem Christentum. Rechtspopulist:innen versuchen, damit milieübergreifende Vernetzungen zwischen traditionell-konservativen Christ:innen und der politischen Rechten, die bis in den Neonazismus reicht, herzustellen.⁸¹ Durch implizite oder explizite Verknüpfungen sollen auch Menschen aus der Mitte der Gesellschaft erreicht werden, insbesondere solche aus christlichen Milieus, um sie auch für andere rechtspopulistische Vorstellungen zu gewinnen.⁸² Dazu gehören

⁷⁹ Strube, *Rechtspopulistische Strömungen*, S. 118.

⁸⁰ Strube, *Rechtspopulistische Strömungen*, S. 120.

⁸¹ Strube, *Anti-Genderismus*, S. S. 53.57f.

⁸² Verknüpfungen von Polemik gegen Abtreibung mit solcher gegen Migration, mit Homophobie, einer völkisch-rassistischen Gesellschaftsvorstellung und der antisemitische Bilder verwendenden Suggestion einer

rassistische, völkische, islamfeindliche oder auch antisemitische Ressentiments, Delegitimierungen rechtsstaatlicher und völkerrechtlicher Institutionen sowie Forderungen nach autoritären Gesellschaftsmodellen.

Für diese Themen wären diese Menschen ohne die Verknüpfung mit dem Thema der Abtreibung weniger ansprechbar. Christ:innen sind über erstere Themen eher schwerer anzusprechen, sofern sie ein inklusives Religionsverständnis vertreten, das auch anderen Religionen Grundwahrheiten zubilligt und nicht alleine dem Christentum Wahrheit

mächtigen zerstörerischen, im Geheimen agierenden Elite findet sich etwa in der Beschreibung des 2015 erschienenen Buchs ‚Der geplante Volkstod‘ des zuvor bereits durch Holocaust-Leugnungen auffällig gewordenen Jürgen Graf auf der Internetpräsenz des KOPP-Verlags: „Die Masseneinwanderung ist nichts anderes als die Verwirklichung eines seit 1925 existierenden Plans zur Zerstörung der weißen Völker durch Vermischung. Flankiert wird diese Politik durch eine Reihe von Maßnahmen, die eine weitere Verminderung der einheimischen Geburtenrate bewirken sollen: familienfeindliche Gesetzgebung, Förderung der Abtreibung, Propagierung der Homosexualität und des Gender Mainstreaming. Das Endziel der Akteure hinter den Kulissen besteht in der Schaffung einer gemischtrassigen Bevölkerung ohne Traditionen und Ideale, die zum organisierten Widerstand unfähig ist und sich von den herrschenden Cliquen nach Belieben manipulieren läßt.“ - Kopp-Verlag, *Jürgen Graf, Der geplante Volkstod*, <https://www.kopp-verlag.de/Der-geplante-Volkstod.htm?websale8=kopp-verlag&pi=B4073692>, Zugriff am: 08.11.2022; Strube, *Anti-Genderismus*, S. 54. 57f.; Strube, *Rechtspopulistische Strömungen*, S. 105-107. 118. 120; Gabriele Kuby schreibt in einem kath.net-Beitrag 2011, demokratische und rechtsstaatliche politische Institutionen als der Bevölkerung schadende Eliten delegitimierend: „Verhütung und Abtreibung und die homosexuelle Agenda werden von den mächtigsten Institutionen dieser Erde, der UN und der EU, mit aller Macht vorangetrieben. Die Homosexualisierung der Bevölkerung ist globale Agenda der UN und EU. Eine sexualisierte Gesellschaft braucht Verhütung und Abtreibung. Die systematische Verhütung und straffreie Massentötung ungeborener Kinder führen zum Aussterben der Bevölkerung. Die Sexualisierung der Bevölkerung und die Aufhebung aller sexuellen Normen führen zur Auflösung der Familie.“ – Gabriele Kuby, *Katholische Kirche finanziert ‚eigene Totengräber‘ mit Kirchensteuer*, in: *kath.net*, 19.03.2011, <https://kath.net/news/30662>, Zugriff am: 24.02.2026; Bednarz, *Angstprediger*, S. 118.

zuschreibt. Ein unkritisches bis exklusives Religionsverständnis ist hingegen auch vergleichsweise häufiger mit einer Anfälligkeit für solche Denkweisen verbunden.⁸³ Der Schutz von Leben und Familie ist jedoch auch für erstere durchaus emotional aufgeladen. Daher sind genau diese Themen für Rechtspopulist:innen geeignete Anknüpfungspunkte, um Christ:innen mit einer traditionell-konservativen, aber demokratischen Einstellung auch für ihre sonstigen extremen Ansichten zu gewinnen und zu radikalisieren.⁸⁴

Die Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen unterstrich Papst Leo auch knapp einen Monat nach seiner Neujahrsansprache, bei einer Audienz im Vatikan am Samstag, 31. Januar 2026. Mit diesen Aussagen relativierte er, wenn auch nicht textimmanent, nicht nur belastete Vergangenheiten, sondern auch gegenwärtige Friedensgefährdungen, die er in seiner Neujahrsrede noch anprangerte.

So sagte er zwar durchaus auch konflikt- und sozialkritisch deutbar, dass es

„keinen Frieden geben [werde], solange die Menschheit Krieg gegen sich selbst führe, indem sie Schwache ausgrenze, Arme ausschließe oder gegenüber Flüchtlingen und Unterdrückten gleichgültig bleibe“.⁸⁵

Jedoch bezeichnete er auch „Abtreibung als ‚größten Zerstörer des Friedens‘“.⁸⁶ Damit nahm er Bezug auf Mutter

⁸³ Beate Küpper/Andreas Zick, Religiosität und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Ergebnisse der GMF-Studien, in: Sonja Angelika Strube (Hg.), *Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie*, Freiburg u.a. 2015, S. 48-63, hier: S. 56-59.

⁸⁴ Mayer, *Anti-Gender-Diskurse*, S. 45f.; Rebenstorf, „*Rechte*“ Christen, S. 330f.; Strube, *Anti-Genderismus*, S. 54f.; Strube, *Rechtspopulistische Strömungen*, S. 118. 120.

⁸⁵ Zit. n. ORF.at, *Papst: „Abtreibung ist größter Zerstörer des Friedens“*, 31.01.2026, <https://orf.at/stories/3418827/>, Zugriff am: 01.02.2026.

⁸⁶ Zit. n. KNA: Bei Treffen mit jungen Politikern. Papst Leo XIV.: Abtreibung größter Zerstörer des Friedens, in: *katholisch.de*, 01.02.2026, <https://katholisch.de/artikel/67066-papst-leo-xiv-abtreibung-groessterzerstoerer-des-friedens>, Zugriff am: 01.02.2026.

Theresa, die sich ebenfalls als Abtreibungsgegnerin positionierte. Nicht nur gab er so die bekannte kirchliche Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen wieder. Zudem nahm er eine klare Gewichtung vor, wodurch letztlich gewaltsame politische Konflikte in Vergangenheit und Gegenwart als weniger friedensgefährdend erscheinen.

Zudem stellt sich die Frage, ob im Zusammenhang mit der Thematisierung des Schutzes von ungeborenem Leben und der Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen nicht doch auch bereits in der Rede vom 9. Januar 2026 eine weitere problematische Relativierung vorliegt.

So findet sich in der päpstlichen Neujahrsansprache an insgesamt zwei Stellen die Formulierung, bestimmten Praktiken und Verhaltensweisen mit „kategorische[r] Ablehnung“ zu begegnen. Zum einen

„ergibt sich die **kategorische Ablehnung** [Hervorhebung MP] von Praktiken, die den Ursprung des Lebens und seine Entwicklung verhindern oder instrumentalisieren. Dazu gehört die Abtreibung, die ungeborenes Leben beendet und die Annahme des Geschenks des Lebens verweigert.“⁸⁷

Dabei wird die Abtreibung nur als ein Beispiel solcher Praktiken, die „den Ursprung des Lebens und seine Entwicklung verhindern“⁸⁸ unter anderen markiert. Diese weiteren Praktiken werden nicht näher genannt, erscheinen aber als ebenso kategorisch abzulehnend. Angesichts der besonderen Betonung des Lebensursprungs erscheint es naheliegend, dass damit in verklausulierter Form auch die kirchliche Ablehnung von Empfängnisverhütung bekräftigt werden soll.

Hinzu kommt eine Aussage, die, für sich genommen, als begrüßenswert und von religionstheologischer Achtung und Toleranz geprägt erscheint. So betont Leo, dass

⁸⁷ *Ansprache von Papst Leo XIV beim Neujahrsempfang.*

⁸⁸ Ebd.

„[w]enn der Heilige Stuhl die uneingeschränkte Achtung der Religions- und Kultfreiheit für Christen fordert, [...] er dies auch für alle anderen Religionsgemeinschaften [tut]“⁸⁹

und, dass er

„[a]nlässlich des 60. Jahrestages der Verkündung der Erklärung *Nostra aetate*, einer der Früchte des Zweiten Vatikanischen Konzils, das am 8. Dezember 1965 endete, [...] Gelegenheit [hatte], **die kategorische Ablehnung** [Hervorhebung MP] jeglicher Form von Antisemitismus zu bekräftigen, der leider weiterhin Hass und Tod sät, sowie die Bedeutung der Pflege des jüdisch-christlichen Dialogs zu betonen, indem die gemeinsamen biblischen Wurzeln vertieft werden.“⁹⁰

Zwar wird im Englischen die „kategorische Ablehnung“ der ‚Praktiken, die Ursprung und Entwicklung des Lebens verhindern‘ mit einer Verbalkonstruktion⁹¹ und die des ‚Antisemitismus, der weiterhin Hass und Tod sät‘ mit einer Nominalkonstruktion⁹² wiedergegeben. Dennoch entsteht durch Stichwortassoziationen eine rhetorische Parallelisierung. Unabhängig davon, ob diese unbewusst oder zur drastischen Verdeutlichung des Anliegens des Lebensschutzes in den Text gelangte, führt dies innerhalb des Textes letztlich zu einer problematischen hierarchischen Gleichgewichtung von beidem hinsichtlich der behaupteten Notwendigkeit, diese gleichermaßen abzulehnen.

Dies birgt die Gefahr der Anschlussfähigkeit an Relativierungen des Antisemitismus in all seinen gegenwärtigen und historischen Ausprägungen, inklusive der singulären

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ „we categorically reject any practice that denies or exploits the origin of life and its development“ – *Address of Pope Leo XIV. To members of the diplomatic corps accredited to the Holy See*, 09.01.2026, <https://www.vatican.va/content/leo-xiv/de/speeches/2026/january/documents/20260109-corpo-diplomatico.html>, Zugriff am: 29.01.2026.

⁹² „I had the opportunity to reiterate the categorical rejection of all forms of antisemitism, which unfortunately continues to sow hatred and death.“ – ebd.

Vernichtungspraktiken des Dritten Reichs. Zudem erinnert diese Gleichgewichtung zwar nicht der Formulierung nach, so doch strukturell, an rechtspopulistische vergangenheitsrelativierende Muster, in denen Abtreibung und Shoah auf problematische Weise einander gegenübergestellt werden.⁹³

Fazit

Insgesamt zeigt die Analyse, dass Papst Leos XIV Neujahrsansprache 2026 an entscheidenden Stellen weniger durch inhaltliche Eindeutigkeit als durch eine kalkulierte semantische Offenheit geprägt ist. Diese erlaubt zwar unterschiedliche, auch wohlwollende Lesarten, etwa als Bekräftigung angesichts kriegerischer und autoritärer Entwicklungen, Menschenrechte und Gewaltlosigkeit zu wahren. Untergraben wird dies aber nicht erst durch kriegsrelativierende Äußerungen zur Abtreibung, die wenige Wochen später veröffentlicht wurden.

Bereits textimmanent eröffnen die wiederholte Nichtbenennung von Aggressoren in gewaltsamen politischen Konflikten und Ambivalenzen, die den eigentlichen Standpunkt verschleiern, auch erhebliche Anschlussmöglichkeiten an Vorstellungen des Rechtspopulismus. Kalkulierte Ambivalenzen sind bereits an sich ein Charakteristikum rechtspopulistischer Rhetorik.

Was nur eingeschränkt als diplomatische Zurückhaltung des Papstes gegenüber den zuhörenden Botschafter:innen verschiedener Staaten mit unterschiedlichen Interessen oder Bemühen um Vermittlung betrachtet werden kann, kann somit auch zur Delegitimierung pluralistischer und diskriminierungskritischer Diskurse sowie zur Bekräftigung autoritärer Narrative herangezogen werden.

⁹³ Dies geschieht etwa durch die Bezeichnungen als ‚Geburtendschihad‘ mit antimuslimischen oder als ‚Babocaust‘ und aufgrund des Verweises auf vergleichende Zahlenstatistiken mit holocaustrelativierenden Implikationen. – Strube, *Rechtspopulistische Strömungen*, S. 108; Strube, *Anti-Genderismus*, S. 54f. 57f.

An anderer Stelle wurde der Papst so verstanden, dass er durchaus Bewusstsein und Sorge für die Gefahr des wachsenden Einflusses der extremen Rechte und dafür, dass diese versuchen, „gezielt katholische Wähler anzusprechen und die Kirche für politische Zwecke zu instrumentalisieren“, ⁹⁴ zeige. Allerdings wurde dieser Deutung von anderen Zuhörenden auch widersprochen.⁹⁵ Unabhängig davon entbindet ihn ein Äußern von Sorge und Warnungen nicht von der Verantwortung dafür, dass seine Neujahrsansprache selbst Anhaltspunkte für solche Instrumentalisierungen bietet. Gerade in diesem größeren Kontext tritt die Ambivalenz seines Agierens umso deutlicher hervor.

Zum Autor:

Maximilian Plich M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Systematische Theologie, FR Katholische Theologie, Universität des Saarlandes, Redakteur von *theologie.geschichte*.

⁹⁴ katholisch.de, *Seine derzeit größte Sorge. Bericht: Papst Leo XIV. warnt Bischöfe vor rechter Ideologie*, 24.02.2026, <https://katholisch.de/artikel/67388-bericht-papst-leo-xiv-warnt-bischoefe-vor-rechter-ideologie>, Zugriff am: 24.02.2026.

⁹⁵ katholisch.de, *Doch keine ausdrückliche Warnung? Bischöfe stellen Papst-Aussagen zu rechter Ideologie klar*, 15.02.2026, <https://katholisch.de/artikel/67415-bischoefe-stellen-papst-aussagen-zu-rechter-ideologie-klar>, Zugriff am: 02.03.2026.